

Bericht aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats Vörstetten am 21.11.2022

### **1: Fragemöglichkeit für Zuhörer**

Ein Zuhörer fragt nach, warum man die Friedhofsgebühren so drastisch erhöht habe. Bürgermeister Brügger antwortet, dass die Friedhofsgebühren der Gemeinde seit über 10 Jahren nicht mehr erhöht wurden. Der prozentuale Anstieg sei deshalb sehr hoch. Er erläutert außerdem, dass die Kosten der Durchführung der Bestattung unverändert geblieben seien und sich im Gemeinderat bei der Grabüberlassung auf eine 50 prozentige und nicht auf eine 100 prozentige Kostendeckung geeinigt wurde.

Der Zuhörer wünscht sich, dass man künftig die Anhebung der Gebühren in kürzeren Abständen durchführt, damit die Gebührenerhöhung nicht so groß ausfällt.

Eine Zuhörerin bedankt sich dafür, dass man die Initiative hinsichtlich der Auf- und Abfahrt bei der B3 nun annehmen möchte und freut sich über den TOP 6 in der Sitzung.

Ein Zuhörer lobt das ausführliche Protokoll der vergangenen Sitzung. Er fragt an, ob es möglich sei, während dem Vortrag der UGG Fragen zu stellen.

Bürgermeister Brügger bittet darum, die Fragen an die UGG schon jetzt zu stellen. Herr Wehberg von der UGG könne auf die Fragen aus der Zuhörerschaft während seines Vortrages eingehen.

Der Zuhörer fragt nach, wie die UGG die Qualität sicherstellen wolle.

Eine Zuhörerin erzählt, dass die Leerrohre schon verlegt wurden, es seitens des Anbieters O2 aber Probleme mit dem Anschluss gäbe. Sie merkt an, dass in Ihrem Haushalt der Telefonanschluss 4 Monate nicht funktioniert habe. Grund dafür sei gewesen, dass O2 versäumt habe, Neckarcom zu informieren. Außerdem gebe UGG im Internet an, dass die Arbeiten in Vörstetten bereits abgeschlossen seien.

Ein Zuhörer bittet dringend darum, dass die Schlaglöcher in der Breisacher Straße geschlossen werden.

Ein Zuhörer bittet um eine genaue zeitliche Angabe seitens der UGG hinsichtlich des endgültigen Abschlusses der Arbeiten.

Eine Zuhörerin fragt nach, was passiere, wenn die UGG insolvent werden würde und wie dann die Sicherstellung des Projektes garantiert werden könne.

Bürgermeister Brügger betont, dass UGG ein Kommunikationsunternehmen sei und damit öffentliche Wege und Straßen nutzen dürfe. Man müsse als Gemeinde die Verlegung von Leitungen dulden.

Ein Zuhörer merkt an, dass es durch die Bauarbeiten am Gehweg in der Feldbergstraße Differenzen von teils 5-6 cm gäbe und diese ein erhöhtes Sicherheitsrisiko für Fußgänger darstelle.

Bürgermeister Brügger antwortet, dass die UGG dazu im anschließenden Vortrag Auskunft geben könne.

## **2: Bestätigung der Niederschrift**

Eine Fertigung der Niederschrift wurde den Mitgliedern des Gemeinderates mit der Ladung zu dieser Sitzung zugestellt. Die Niederschrift wird von drei Gemeinderatsmitgliedern unterschriftlich bestätigt.

## **3: Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung**

Es gibt keine Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung.

## **4: UGG Fortführung des Projekts**

Bürgermeister Brügger begrüßt Herrn Wehberg von der UGG.

Herr Wehberg entschuldigt sich für sein Nichterscheinen in der letzten Gemeinderatsitzung.

Er erläutert den Sachstand der Bauarbeiten von UGG in Vörstetten. Es sollen insgesamt 11,8 km Glasfasernetz in der Gemeinde gebaut werden. Davon seien bereits 9,3 km gebaut worden. Es sollen 1679 Grundstücke mit dem Netz erreicht werden, davon 910 kleinere Häuser (mit weniger als drei Wohneinheiten) und 796 größere Häuser (mit mehr als drei Wohneinheiten).

Aktuell seien bereits 667 Verträge abgeschlossen worden, das seien etwa 40 %. In der Gemeinde seien nach Auskunft der UGG bereits 125 betriebsbereite Kundenanschlüsse vorhanden.

Die Firma Ezentis, die die bisherigen Arbeiten für UGG ausführte, habe vor 3 Monaten Insolvenz angemeldet. Dies habe die UGG vor eine Herausforderung gestellt.

Mit Insyte habe man eine Partnerfirma gefunden, die die Arbeiten weiter ausführen werde. Diese habe bereits in den vergangenen Tagen in Vörstetten mit der Wiederaufnahme der Arbeiten begonnen. Die Wiederherstellung und Ausbesserung der begonnenen Arbeiten soll bis KW 47 abgeschlossen sein. Die stark frequentierten Straßen, die mit Pflastersteinen derzeit abgedeckt sind, sollen mit einer Asphaltschicht abgedeckt werden. Hierbei handle es sich um eine Tragschicht und noch nicht um die endgültige Deckschicht. Es gehe zunächst um die Gewährleistung der Sicherheit der Verkehrsteilnehmer. Es solle damit verhindert werden, dass eine Gefahrenquelle entsteht. Die endgültige Deckschicht soll im Frühjahr 2023 (spätestens Ende Februar, Anfang März) aufgetragen werden.

Hinsichtlich der Qualitätssicherung merkt Herr Wehberg an, dass man der entsprechenden Gesetzgebung unterliege. Die UGG sei dafür verantwortlich, wie die Arbeiten ausgeführt werden. Dabei sei es unerheblich, wer die Arbeiten ausgeführt habe. Die Gewährleistung betrage nach deutschem Recht 5 Jahre. Die Qualität werde durch die UGG geprüft ebenso wie die Abnahme der Arbeiten.

Bezüglich der Beschädigungen am Privateigentum verweist Herr Wehberg darauf, dass die Firma Ezentis dafür verantwortlich sei. Die UGG stehe jedoch dafür ein. Die Dokumentation der Schäden sei in einer Datenbank bei der UGG hinterlegt. Man werde sich um diese im Nachgang an die Arbeiten kümmern. Dies gelte auch für mögliche Schäden, die die Firma Insyte verursachen könnte.

Herr Wehberg gibt ebenfalls bekannt, dass mit den Arbeiten im Frühjahr auch der Ortsteil Schupfholz an das Netz angeschlossen werde. Ebenso zeigt er eine Übersicht der Kontaktadresse von UGG und O2. Die Erreichbarkeit der Hotlines sei inzwischen sehr gut.

Bürgermeister Brügger erkundigt sich noch einmal darüber, welche konkreten Tiefbaumaßnahmen bis zum Ende des Jahres erfolgen sollen.

Herr Wehberg erläutert, dass es sich um oberflächliche Sicherungsarbeiten handle, um die Verkehrssicherheit auf den Straßen und Gehwegen zu gewährleisten. Bis zum Wintereinbruch handle es sich daher um Verkehrssicherungsmaßnahmen.

Eine Gemeinderätin fragt nach, ob sich die Kommunikation zwischen UGG und O2 mittlerweile verbessert habe. Dies sei nicht die Aufgabe der Bürger.

Herr Wehberg antwortet, dass die Wechselprozesse im deutschen Kommunikationsmarkt klar geregelt seien, diese Regelungen könnten nicht durchbrochen werden. Es dürfe jedoch nicht zum kompletten Ausfall der Leitungen kommen. Der Altanbieter sei verpflichtet, den Anschluss wiederherzustellen. Die betroffenen Fälle sollen der UGG gemeldet werden.

Eine Gemeinderätin merkt an, dass die Weiterversorgung nur einmal funktioniert habe. Bei einem zweiten Mal war dies nicht der Fall.

Herr Wehberg betont, dass der alte Anbieter nach wie vor die Weiterversorgung gewährleisten muss.

Eine Gemeinderätin merkt an, dass bei abgeschlossenen Verträgen alle zusammen warten sollten, bis das Netz angeschlossen sei.

Herr Wehberg erklärt, dass die Wechselprozesse festgelegt seien und dies nicht möglich sei. Man könne nur abwarten und auf richtige Informationen der Internetdienstleister (ISP) hoffen. Er werde dies an seine Kollegen weitergeben.

Ein Gemeinderat berichtet, dass er ebenfalls Anwohner der Denzlinger Straße sei. Seit 80 Tagen sei man durch die Arbeiten dem Lärm Tag und Nacht ausgesetzt. Man habe wenigstens eine Entschuldigung seitens der UGG erwartet. Dies sei jedoch nie geschehen. Er empfiehlt, die aufgenommenen Daten der Firma Ezentis noch einmal zu überprüfen und ggfs. die Daten noch einmal aufzunehmen.

Herr Wehberg antwortet, dass in der Denzlinger Straße die Oberfläche noch vor Weihnachten geschlossen werde. Alle kritischen Stellen sollen bis zu diesem Zeitpunkt verschlossen werden. Jedoch seien die Arbeiten nur bei einer Außentemperatur von mindestens 5°C möglich. Der Zeitplan sei jedoch einhaltbar, nur solle bei vorzeitigem Wintereinbruch mit Verzögerungen gerechnet werden. Ausreichend Pufferzeiten seien seitens der UGG eingeplant.

Bürgermeister Brügner erklärt zusammenfassend, dass bis Ende des Jahres alle Querungen auf den Kreisstraßen geebnet werden sollen.

Eine Gemeinderätin kritisiert, dass in der Reutener Straße große Absätze vorhanden sind und die betroffenen Stellen nachts nicht beleuchtet seien. Dies sei für alle Verkehrsteilnehmer sehr gefährlich.

Herr Wehberg antwortet, dass entsprechende Beschilderungen vor den jeweiligen Stellen die Gefahr kenntlich machen würden.

Eine Gemeinderätin führt aus, dass das Vertrauen in O2 und UGG durch die mangelnde Kommunikation nicht gefördert wurde. Sie fragt nach, wie es im Februar weitergehen solle für die einzelnen Haushalte, auch hinsichtlich des Themas der Rufnummernmitnahme.

Herr Wehberg erklärt, dass es ein Recht auf die Weiterführung der Rufnummer gäbe. Die Dokumentation der Firma Ezentis wurde übernommen. Jedoch wird es voraussichtlich nochmals zu Hausbegehungen durch die Firma Insyte kommen.

Ein Gemeinderat fordert, dass die UGG eine Ansprechperson für die Gemeinde benennen solle, an die sich die Bevölkerung wenden könne. O2 solle die zugesagten Anschlusstermine absagen und neue Termine einheitlich festlegen. Dies solle so von UGG an O2 kommuniziert werden.

Herr Wehberg merkt an, dass bei der Ausführung der Arbeiten immer ein Projektleiter vor Ort sei. Man sei hier dabei, sich stetig zu verbessern. Es solle ein Chaos hinsichtlich verlorengelassener Rufnummern vermieden werden, weshalb eine Übernahme durch Altanbieter nicht anzustreben sei.

Ein Gemeinderat merkt an, dass die Verkehrssicherung bedürftig sei. Auf den Straßen müsse Slalom gefahren werden, es gäbe keine Beleuchtung der Baustellen und auch keine Hinweisschilder. Außerdem fordert er, die Tragschicht an einer Stelle aufzutragen und die Baustelle abzuschließen, bevor die nächste Baustelle geöffnet wird. Es sei eine stetige Kontrolle der Arbeiten seitens der UGG notwendig.

Herr Wehberg antwortet, dass es diesbezüglich bereits eine Abstimmung mit dem Bauamt gäbe.

Ein Gemeinderat erkundigt sich nach dem Loch an der Marchstraße / Am Mühlbach.

Bürgermeister Brügner antwortet, dass man diesbezüglich bereits kommuniziert und sich abgestimmt habe.

Eine Gemeinderätin betont noch einmal, dass die Sicherungspflichten in der Denzlinger und Reutener Straße nicht korrekt eingehalten wurden.

Ein Gemeinderat sagt, dass der Anbieterwechsel sehr intransparent gestaltet sei und hier Verbesserungspotential vorhanden wäre. Er fordert ebenfalls, einen Account Manager vor Ort zu installieren und sehe dies als Pflicht der UGG.

Herr Wehberg wird diese Anregungen an seine Kollegen weitergeben.

Eine Gemeinderätin fragt an, wie die Kommunikation mit den Arbeitern gelingen soll. Man hätte mit den Arbeitern der Firma Ezentis nicht kommunizieren können, diese konnten kein Deutsch und nur Spanisch sprechen.

Herr Wehberg sagt, dass es sich bei der ausführenden Firma um eine lettische Firma handle. Der Vorarbeiter könne jedoch deutsch. Ebenfalls führt er an, dass immer eine Person auf der Baustelle Deutsch können müsse, um die Kommunikation mit den Anwohnern gewährleisten zu können.

Eine Gemeinderätin fragt, wie es hinsichtlich der Leitungsverlegung weitergehen solle. Herr Wehberg führt an, dass der UGG entsprechende Pläne vorliegen würden.

Bürgermeister Brügner fasst die Anliegen der Gemeinde zusammen: bis Weihnachten sollen alle Kreisstraßen geebnet sein und keine Gefahr für die Verkehrsteilnehmer darstellen. Ebenso soll von der UGG eine Ansprechperson vor Ort genannt werden. Er schlägt vor, Herrn Wehberg in die Gemeinderatssitzung im Januar erneut einzuladen. Dort soll dann ein Fahrplan für die weiteren Arbeiten der UGG vorgestellt werden.

## **5: Umsetzung § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG)**

### **- Satzung zur Anpassung örtlicher Satzungen an § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG)**

### **- Anpassung der gültigen Entgeltregelungen ab 01.01.2023**

Bürgermeister Brügner erläutert, dass in einem Brandbrief, der im Rat zuvor ausgeteilt wurde, der Städte- und Gemeindetag sowie weitere Vertreter die Regierung alarmierend darüber informieren, dass man immer mehr von der Regierung vorgegebene Reformen und Gesetze in kurzer Zeit umsetzen müsse. Dazu zähle auch die Umsetzung des § 2b Umsatzsteuergesetzes (UStG). Die bedeute für alle Akteure auf kommunaler Ebene einen erheblichen Mehraufwand in aktuell ohnehin schwierigen Zeiten, in denen man auf viele Veränderungen durch Krieg und Pandemie reagieren müsse.

Herr Ziegler, Leiter des Rechnungsamtes erläutert den Sachverhalt. Grundsätzlich sollten zum 01.01.2023 alle Handlungen der Gemeinde umsatzsteuerpflichtig werden, sobald die Gemeinde unternehmerisch tätig werde. Auch öffentlich-rechtliche Einnahmesachverhalte können zukünftig der Umsatzsteuer unterliegen.

Um steuerliche Risiken abzufangen, wurden vorsorglich die Satzungen und Entgeltregelungen angepasst, bei denen die Gebühren/Entgelte ggf. der Neuregelung unterliegen. Um den Aufwand für die Änderung von einzelnen Satzungen, Gebührenverzeichnissen oder Entgeltregelungen in Grenzen zu halten, habe das Rechnungsamt eine Artikelsatzung auf Grundlage eines Satzungsmusters des Gemeindetags Baden-Württemberg für die Umstellung erarbeitet.

Man arbeite bereits seit Monaten mit Hochdruck an der Umsetzung.

Die Satzungsbestimmungen und Entgeltregelungen sollten bis zum Ende des letzten Quartals 2022 geändert werden, damit sie bereits zum Jahresbeginn 2023 Wirksamkeit erlangen.

Letzte Woche habe man dann die Meldung erhalten, dass seitens der Regierung angedacht wird, die Einführung der Reform nochmals um 2 Jahre zu verschieben.

Seitens der Kämmerei sei man fassungslos über diese sehr spontane Entscheidung. Tendenziell sei man sich jedoch in der Verwaltung darüber einig, dass man die Einführung des § 2b UStG, wenn möglich, noch um ein Jahr verschieben möchte. Trotzdem könne der Beschluss über die Anpassungssatzungen heute schon vom Gemeinderat gefasst werden, um auf mögliche weitere Entscheidungen der Regierung vorbereitet zu sein.

Ein Gemeinderat merkt an, dass man als politischer Akteur in der Gemeinde Sachverhalte wiederholt erklären müsse, damit diese von der Bevölkerung verstanden werden. Er selbst frage sich, was hier dahinterstecke.

Eine Gemeinderätin fragt nach, was passieren würde, wenn man die Einführung nicht beschließen würde.

Herr Ziegler antwortet, dass die Umsatzsteuer dann trotz allem abgeführt werden müsste, man dann aber als Gemeinde über weniger Einnahmen verfüge.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt zur Umsetzung des §2b Umsatzsteuergesetz (UStG) die Satzung zur Anpassung örtlicher Satzungen an § 2b UStG sowie die Anpassung der Entgeltregelungen ab 01.01.2023.

#### **6: B3 - Anbindung bei Emmendingen - Wasser**

##### **Beratung und Beschlussfassung einer Initiative für den Vollanschluss in Richtung Süden**

Bürgermeister Brügner erklärt, dass es durch die Sperrung der B3 zwischen Emmendingen und Denzlingen im Zuge der Fahrbahnsanierung zu einem erheblich erhöhten Verkehrsaufkommen in Vörstetten und Reute kam, obwohl es sich bei der Strecke nicht um die offiziell ausgeschilderte Umleitung handelte.

Dies habe in Erinnerung gerufen, dass bereits beim Bau der Ortsumfahrung Wasser nur Auf- und Abfahrten aus und in Richtungen Emmendingen gebaut wurden.

Bereits damals sei seitens der Bundestagsabgeordneten darauf hingewiesen worden, dass es sich bei einem Bauvorhaben an einer Bundesstraße um ein gängiges Verfahren handle, nur

aus einer Richtung Auf- und Abfahrten herzustellen. Die Zufahrten aus der Gegenrichtung, so hieß es, könne man später ergänzen.

Die Verwaltung schlägt vor, die Initiative zu ergreifen und gemeinsam mit der Stadt Emmendingen und der Gemeinde Reute die Realisierung der Auf- und Abfahrten in/aus Richtung Freiburg zu beantragen. Dies würde eine direkte Verbindung aus dem Osten von Reute in Richtung Freiburg schaffen und damit sowohl den innerörtlichen Verkehr in Reute wie auch die Ortsdurchfahrt in Vörstetten erheblich entlasten.

Ein Gemeinderat begrüßt den Vorschlag der Initiative. Er fragt sich, wieso man dies nicht schon damals gemacht habe, dies wäre aus seiner Sicht kostengünstiger gewesen. Er schlägt vor, die Initiative auf allen Ebenen zu verstärken. Dies könne auch durch Bundestags- und Landtagsabgeordnete aus dem Landkreis geschehen.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt eine Initiative zur Realisierung des Vollanschlusses an die B3 bei Emmendingen – Wasser. Die Verwaltung wird beauftragt, vornehmlich mit der Stadt Emmendingen und der Gemeinde Reute mit dem Ziel Kontakt aufzunehmen, gemeinsam beim Regierungspräsidium Freiburg den Bau der Anschlüsse von und nach Freiburg zu beantragen.

**7: Aufhebungssatzung der Gutachterausschussgebührensatzung**

Frau Schmäzlin (Verwaltungspraktikantin) erklärt, dass im Zuge der Überprüfung der örtlichen Satzungen aufgefallen sei, dass es in Vörstetten immer noch eine Gutachterausschussgebührensatzung gibt. Der Gutachterausschuss wurde bereits im Jahr 2020 für den gesamten Landkreis in Emmendingen zentralisiert.

Die Gutachterausschussgebührensatzung ist daher durch Satzung aufzuheben.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat Vörstetten beschließt die Aufhebungssatzung der Gutachterausschussgebührensatzung, die zum 01.12.2022 in Kraft tritt.

**8: Verschiedenes, Fragen und Anregungen**

Bürgermeister Brügner teilt mit, dass am Freitag, 25.11.2022 der Nachtweihnachtsmarkt auf dem Dorfplatz stattfindet. Er freue sich über viele Besucher.

Bürgermeister Brügner erklärt, dass die Windkraft eine wichtige regenerative Energiequelle sei und man auch in Vörstetten über einen wirtschaftlichen Betrieb von einem Windrad nachgedacht hat. Die Standortsuche ergab jedoch, dass der einzig geeignete Standort für ein Windrad zu nah am Dorf sei.

**9: Fragemöglichkeit für Zuhörer**

Ein Zuhörer sagt, dass man mit der Teerung der Straßen nicht ewig warten könne. Dies solle mit Nachdruck schnell geschehen. Er finde den Vorschlag des Gemeinderates gut, die Arbeiten an einer Stelle erst zu beenden, bevor die nächste Stelle geöffnet wird.